

Professionelle Integration als zentraler Baustein zur Qualitätssicherung von Politikberatung

Michael Böcher und Max Krott

Kernaussagen

Eine häufig diskutierte Frage ist, ob die Qualität wissenschaftlicher Politikberatung allein aufgrund wissenschaftlicher Qualitätskriterien abgeschätzt werden kann oder ob für eine qualitativ hochwertige Politikberatung die rein politische Zweckerfüllung maßgebend ist. Da wir lineare Modelle der Politikberatung, in denen wissenschaftliche Erkenntnisse von der Sphäre der Wissenschaft in die der Politik transferiert und von politischen Akteuren direkt umgesetzt werden, als wirklichkeitsfern ablehnen, schlagen wir ein alternatives Politikberatungsmodell vor: In diesem Modell steht zwischen wissenschaftlicher Forschung und der Verwertung durch die politische Praxis ein zentraler Zwischenschritt, den wir als Integration bezeichnen. Daraus folgend plädieren wir in unserem Beitrag für die Verwendung eines Kriterienmixes zur Qualitätssicherung des gesamten Politikberatungsprozesses. Diese auf dem FIV-Modell basierenden Anforderungen an die Qualitätssicherung wissenschaftlicher Politikberatung führen zu Konsequenzen bei der Ausbildung von Politikberaterinnen und -beratern, die wir abschließend beschreiben.

1 Ein alternatives Modell wissenschaftlicher Politikberatung

1.1 Die begrenzte Erkenntnis linearer Politikberatungsmodelle

Jüngere wissenschaftssoziologische und politikwissenschaftliche Forschungen haben das lineare Modell wissenschaftlicher Politikberatung massiv in Frage gestellt (siehe z.B. Lompe, 2006; Weingart, 2003). Solche linearen Modelle wissenschaftlichen Wissenstransfers gehen davon aus, dass es zwischen der Sphäre der wissenschaftlichen Erkenntnisproduktion (System Wissenschaft) und der politischen Praxis (politisches System) zu einem direkten Transfer der wissenschaftlichen Erkenntnisse komme und dass wissenschaftliche Ergebnisse unmittelbar von politischen Akteuren angewendet werden können, wenn sich diese nach wissenschaftlichen Kriterien gemessen als „wahr“ erwiesen haben (Lompe, 2006, S. 30). Die bestmögliche wissenschaftliche Erkenntnis setzt sich durch und kann im politischen Prozess, der als reiner Problemlösungsprozess verstanden wird, unmittelbar in politische Handlungen transformiert werden. In diesem Politikberatungsmodell stellen Wissenschaftler die Lieferanten des durch das politische System nachgefragten wissenschaftlichen Wissens dar, und politische Akteure besitzen ein Interesse an einer wissenschaftsbasierten politischen Problemlösung, die sie umsetzen

können, sobald das dafür erforderliche wissenschaftliche Wissen zur Verfügung steht. Oft wird dieses Modell auch als technokratisch bezeichnet (z.B. bei Hulme, 2009, S. 101).

Ein solches Verständnis von Prozessen wissenschaftlicher Politikberatung stellt im Lichte politikwissenschaftlicher und wissenschaftssoziologischer Erkenntnisse allerdings einen Idealtypus dar, der angesichts der Realitäten politischer Prozesse und der unterschiedlichen Funktionslogiken des wissenschaftlichen und des politischen Systems als wenig wirklichkeitsnah gekennzeichnet werden muss (u.a. U. Beck & Bonß, 1989; Boehmer-Christiansen, 1995; Freiburghaus, 1982, 1989; Jasanoff, 1990; Lompe, 2006; Murswieck, 1994; Weingart, 2001; Weingart & Lentsch, 2008). Es sind drei grundlegende Irrtümer, denen das lineare Politikberatungsmodell unterliegt:

1. Das lineare Wissenstransfermodell geht davon aus, dass Wissenschaft nicht nur wissenschaftliche, sondern auch politische Problemlösungen finden könne. Diese Annahme ist allerdings falsch, weil politische Problemlösungen nicht nur von wissenschaftlicher Sachrationalität, sondern auch von der Nützlichkeit für die Interessen konkreter politischer Akteure abhängen (Miller, 2009). Wissenschaft kann lediglich richtige wissenschaftliche Erkenntnisse zur Verfügung stellen, die als ein *Beitrag* zur Problemlösung für die politische Praxis verwendet werden können.
2. Ein weiterer Irrtum solcher linearen Modelle wissenschaftlicher Politikberatung ist, dass wissenschaftliche Wahrheit die Akzeptanz und Anwendung in der politischen Umsetzungspraxis erzwingen könne. Dies ist jedoch nicht möglich, weil die gesellschaftlichen Teilsysteme Wissenschaft und Politik mit unterschiedlichen Codes operieren: Geht es in der Wissenschaft um „Wahrheit“, operiert das politische System mit dem Code „Macht“ (Lehmann & Rieder, 2003; Weingart, 2003). Beide Codes basieren auf unterschiedlichen Logiken, sodass Wissenschaft allein keine politischen Problemlösungen durch wissenschaftliche Rationalität erzwingen kann. Vielmehr benötigen wissenschaftliche Erkenntnisse als Beiträge zur politischen Problemlösung Akteure und Institutionen, die Macht besitzen, diese Erkenntnisse umzusetzen.
3. Implizit bedeutet das lineare Wissenstransfermodell auch, dass es zwischen Wissenschaft und politischer Praxis einen Konsens gibt und dass dieser Konsens mit Akteuren der Praxis für die wissenschaftliche Wahrheit von Vorteil sei. Das ist jedoch grundlegend falsch, weil der wissenschaftliche Diskurs und dessen Ergebnisse keiner Zustimmung durch die Praxis bedürfen und davon unabhängig als wissenschaftlich „wahr“ oder „falsch“ ihre Geltung bekommen.

Nichtsdestotrotz gilt bei vielen Wissenschaftlern das lineare Politikberatungsmodell nach wie vor als erstrebenswertes (und realistisches!) Ideal, insbesondere bei denen, die als Natur- oder Wirtschaftswissenschaftler der Gesellschaft und den politischen Akteuren wissenschaftsbasierte Rezepte in Bezug auf gegenwärtige drängende Probleme anbieten. Weingart weist darauf hin, dass trotz der tatsächlichen Bedingungen wissenschaftlicher Politikberatung nach wie vor auch in der Politik die Erwartung herrsche, Politikberatung könne im Sinne des linearen Modells Wissen bereit stellen und dass trotz der massiven Kritik linearer Modelle sowohl Wissenschaft und Politik immer noch häufig an diesen festhielten (Weingart, 2003, S. 95). Auch Pielke zeigt in seinem sehr bekannt gewordenen Buch „The Honest Broker“, dass das lineare Politikberatungsmodell nach wie vor relevant ist und verweist dabei als Praxisbeispiel auf die US-amerikanische Environmental Protection Agency (EPA), innerhalb derer ein Verständnis herrsche, nach welchem wissenschaftliche Forschung unmittelbar Praxis-Annahmen über Umweltprobleme und ihre Wirkungen verändere und anhand dessen politische Problemlösungen entwickelt würden (Pielke, 2007, S. 13).

Als ein weiteres praktisches Beispiel für die angesichts des Forschungsstandes zur wissenschaftlichen Politikberatung auf den ersten Blick erstaunlich ungebrochene Relevanz eines linearen und autoritativen Politikberatungsmodells mag der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) gelten, der als Weltklimarat die internationale Klimapolitik mit seinen Prognosen prägt. Vielen Beobachtern gilt der vom IPCC verkörperte Politikberatungsansatz als „role model“ (S. Beck, 2009, S. 120), und es wird derzeit sogar versucht, dieses durch die Bildung eines ähnlichen Gremiums für den globalen Schutz der Biodiversität auf ein anderes Politikfeld zu übertragen (Perrings, Duraiappah, Larigauderie, & Mooney, 2011; kritisch dazu Hulme et al., 2011). Dennoch folgt, wie Silke Beck überzeugend darlegt, der vom IPCC verfolgte Politikberatungsansatz grundlegenden Vorstellungen linearer Politikberatungsmodelle, z.B. in der Vorstellung, dass mehr Forschung zu mehr Sicherheit in der politischen Entscheidungsfindung führe und Wissenschaft helfen könne, politische Konflikte aufzulösen (S. Beck, 2011, S. 298). Beck resümiert daher treffend für die Klimapolitik die nach wie vor herrschende Dominanz linearer Politikberatungsvorstellungen: *“although social scientists questioned it at an early stage, to some extent the linear model of expertise still dominates perceptions among climate scientists, policy-makers, and advisors”* (S. Beck, 2011, S. 298). Obwohl in den Sozialwissenschaften das lineare Modell stark kritisiert wurde, zeigt das Beispiel deutlich, dass dieses in der praktischen Politik nach wie vor eine äußerst große Relevanz besitzt und es lohnenswert ist, nach Alternativen zu suchen.

Das Missverständnis der Idee linearer Politikberatung besteht darin, dass sie der Vorstellung folgt, dass politische Entscheidungen sachrational getroffen werden könnten, wenn nur eine hinreichende Menge an wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Verfügung stehe. Dass Politik aber vielmehr eine

Frage von Macht und Interessen ist (Miller, 2009; Krott, 2001, S. 5 ff.), in denen wissenschaftliche Erkenntnisse in Form eines Automatismus mitnichten eine große Rolle spielen und es einer Reihe an Faktoren bedarf, damit wissenschaftsbasierte Erkenntnisse überhaupt eine Rolle im politischen Prozess spielen können, bilden lineare Politikberatungsmodelle nicht ab.

In Auseinandersetzung mit der Problematik linearer Politikberatungsmodelle haben verschiedene Autoren Faktoren für die Wirkung wissenschaftlicher Politikberatung im politischen Prozess herausgearbeitet, die relevant sind, wenn man die Möglichkeit einer direkten und zwangsläufigen Anwendung wissenschaftlichen Wissens im politischen Prozess negiert. Unter anderem zentral sind dabei die „Relevanz der Informationen“ und die „Legitimation des Beratungsprozesses“ als grundlegende Kriterien für eine erfolgreiche wissenschaftliche Politikberatung (siehe zu folgendem Cash et al., 2002; Mitchell, Clark, Cash, & Alcock, 2004; Böcher, 2007, S. 33 ff.). Das Kriterium der Relevanz bezieht sich auf die durch wissenschaftliche Beratung bereitgestellten Informationen. Diese müssen tatsächlich durch politische Akteure nachgefragt werden und für deren tägliche Arbeit oder Entscheidungen relevant sein (Cash, et al., 2002, S. 4). Wissenschaftliche Politikberater_innen und müssen in der Lage sein, ihre Ergebnisse in eine Form zu fassen, die anschlussfähig an die Erwartungen und strukturellen Anforderungen der politischen Auftraggeber ist (Renn, 2003, S. 139). Wissenschaftler diskutieren häufig Themen, die für die politische Praxis (noch) nicht relevant sind, während drängende politische Probleme und deren alternative Problemlösungsstrategien häufig nicht wissenschaftlich diskutiert werden (Müller-Rommel, 1984). Zudem gibt es wissenschaftliche Problemlösungen, die im spezifischen Anwendungskontext (zum Beispiel durch zugrunde liegende Gesetze oder herrschende politische Machtverhältnisse) nicht umsetzbar sind. Wirklich relevant ist wissenschaftliche Expertise dann, wenn sie rechtzeitig bereit steht und tatsächlich diejenigen Probleme behandelt, die gerade auf der politischen Agenda der Akteure stehen und deren Handlungsoptionen berücksichtigt (Böcher, 2007, S. 34).

Der Aspekt der Legitimation bezieht sich auf die Frage, ob politische Akteure den Beratungsprozess als transparent, unvoreingenommen sowie politisch und prozedural als fair ansehen (Cash et al. 2002, S. 5, Renn 2006, S. 58). Die Legitimation der wissenschaftlichen Politikberatung steigt, wenn der Beratungsprozess und der Erstellungsprozess der ihm zugrunde liegenden Erkenntnisse transparent sind und demokratischen sowie gesetzlichen Normen entsprechen.

1.2 Das FIV-Modell wissenschaftlicher Politikberatung

Aufgrund der oben dargestellten Schwächen lehnen wir lineare Modelle der Politikberatung, in denen wissenschaftliche Erkenntnisse von der Sphäre der Wissenschaft direkt in die der Politik transferiert und von politischen Akteuren als Problemlösung umgesetzt werden, als wirklichkeitsfern ab und

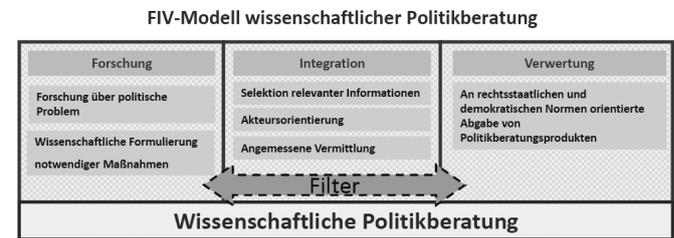
schlagen ein alternatives Politikberatungsmodell vor.¹ Das Modell, welches wir aufgrund seiner unterschiedlichen Bestandteile *Forschung*, *Integration* und *Verwertung* als FIV-Modell wissenschaftlicher Politikberatung bezeichnen, soll analytisch die wissenschaftliche Erzeugung und den Einsatz dieser wissenschaftsbasierten Informationen in der Politik erklären. Zusätzlich kann das FIV – Modell verwendet werden, um darzustellen, welche Kriterien eine „erfolgreiche“ Politikberatung erfüllen muss. Der Erfolg von Politikberatung wird dabei normativ definiert als eine Politikberatung, deren Inhalt den formalen Kriterien für wissenschaftliche Erkenntnis nahe kommt und aus der politische Handlungen folgen. Das Gegenteil wäre eine sich als wissenschaftlich deklarierende Politikberatung, die Behauptungen aufstellt, welche nicht auf dem aktuellen wissenschaftlichen Forschungsstand beruhen oder die keinen ihren Aussagen gemäßen Einfluss auf politische Handlungen erzielt.

Im FIV-Politikberatungsmodell erweitern wir die Perspektive der eingangs genannten Kriterien Relevanz und Legitimation für einen erfolgreichen Wissenstransfer um den aus unserer Sicht wichtigen Aspekt eines besonderen Bezugs zu den Interessen und Handlungsmöglichkeiten der zu beratenden politischen Akteure (Böcher & Krott, 2010, S. 25). Damit berücksichtigt es diejenigen Ansätze, die von einer „Politisierung der Expertise“ (Weingart, 2006, S. 42) ausgehen und schlussfolgern, dass es für die Politikberatung insbesondere darauf ankomme, die Nachfrage (*demand*) der verschiedenen, unterschiedlichen am politischen Prozess beteiligten Akteure mit einem zur Verfügung stehenden Angebot (*supply*) selektiv und spezifisch zu koppeln (Sarewitz & Pielke, 2007). Bestandteil unseres Modells wissenschaftlicher Politikberatung ist daher, dass die in der neueren Politikberatungsforschung diskutierten grundlegenden Kriterien *Relevanz* und *Legitimation* stets auf bestimmte Akteure als Zielgruppe im Sinne von Bündnispartnern des Wissenstransfers betrachtet werden (Böcher & Krott, 2010, S. 25).

Denn für wissenschaftliche Politikberatung ist es entscheidend, inwieweit Erkenntnisse der Wissenschaft vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Ressourcen und Handlungsoptionen der politischen Akteure in spezifische Beratungskonzepte übersetzt werden können und tatsächlich anschlussfähig an die Interessen und konkreten Wünsche (*demand*) der Akteure an die politische Problemlösung sind. Gelingt eine solche akteurspezifische Politikberatung, können Akteure zu Bündnispartnern für die Praxisumsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse werden (Krott, 2012, S. 39). Dazu kommt die bekannte, umfassend diskutierte Notwendigkeit der Verwendung einer entsprechenden zielgruppenorientierten Kommunikationsstrategie und Sprache (Müller-Rommel, 1984; Renn, 2003), die zwischen verschiedenen Adressaten und den jeweiligen Ansprüchen und kognitiven Voraussetzungen (Wissenschaft, politische Akteure, Bürgerinnen und Bürger, vollziehende Verwaltung, usw.) unterscheidet (Böcher & Krott, 2010, S. 26). Das hier vorgeschlagene FIV-Modell wissenschaftlicher Politikberatung identifiziert folgende drei den

Politikberatungsprozess konstituierende Handlungsbereiche, die jeweils unterschiedlichen Logiken folgen: *Forschung*, *Integration* und *Verwertung* (Böcher & Krott, 2010, S. 22ff.) (siehe Abb. 1).

Abb. 1: Das FIV-Modell wissenschaftlicher Politikberatung



Quelle: eigene Darstellung nach Böcher/Krott, 2010.

Forschung

Voraussetzung für wissenschaftliche Politikberatung sind wissenschaftliche Erkenntnisse als Beratungsgrundlage. Diese werden im Handlungsbereich Forschung unter Zuhilfenahme wissenschaftlicher Prinzipien, Methoden und Standards erzeugt (Böcher & Krott, 2010, S. 29). Das System Wissenschaft verfügt über Akteure und Kontrollverfahren, die Forscherinnen und Forscher dazu drängen, den wissenschaftlich anerkannten Methoden zu folgen (Matthies & Simon, 2008, S. 9; Schneider, 2000; Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1998). Da es bei der Politikberatung jedoch nicht um die innerwissenschaftliche Diskussion der wissenschaftlichen Erkenntnisse geht, müssen wissenschaftliche Erkenntnisse in den Dienst der Anforderungen und Vorgaben der politischen Akteure angesichts der in der Praxis benötigten Problemlösungen gestellt werden: Ansprüche der Politik hinsichtlich der von ihr nachgefragten Lösungen für politischen Probleme liefern die Maßstäbe für *Integration* und *Verwertung*.

Integration

Im Gegensatz zum linearen Politikberatungsmodell handelt es sich hier nicht um eine Einbahnstraße – Vielmehr verstehen wir Politikberatung als wechselseitigen Prozess zwischen Forschung und Ansprüchen der Verwertung. In der Phase der Integration werden einerseits vorliegende Forschungsergebnisse nach den Ansprüchen der Praxis selektiert. Andererseits werden aus Ansprüchen politischer Akteure neue wissenschaftliche Fragestellungen generiert (Böcher & Krott, 2010, S. 37). Die Integration ist ein Informationsprozess, indem ausschließlich Informationen über die (mutmaßlichen) Ansprüche der Praxis und über erwartetes Erkenntnispotenzial der For-

1 Dieses Modell wurde im Rahmen des im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführten Forschungsprojektes „Umsetzung des Konzepts einer modernen Ressortforschung im Geschäftsbereich des BMU“ – Förderkennzeichen (UFOPLAN) 3708 11 105 – entwickelt (Böcher & Krott, 2010, 2011). Das zunächst vor dem Hintergrund der Spezifika von Ressortforschungseinrichtungen erarbeitete Modell wird im vorliegenden Beitrag hinsichtlich wissenschaftlicher Politikberatung allgemein weiterentwickelt.

schung ausgetauscht werden, politische Handlungen erfolgen erst in der Phase der Verwertung.

Verwertung

Verwertung schließlich bedeutet, dass ein Politikberatungsprodukt an die politischen Akteure in Form von Gutachten, Gesetzesentwürfen, Broschüren, usw. abgegeben und damit Teil von deren Handlungen wird (Böcher & Krott, 2010, S. 41). Die politischen Akteure können den Empfehlungen folgen, aber auch wenn sie diese ignorieren, stellt das eine Handlung dar, weil unterlassene Problemlösung ebenfalls politisch bedeutsam ist. Die Verwertung wird dadurch zu einem Bestandteil der politischen Problembearbeitung. Politikberatungsprozesse verstehen wir als ständigen Wechsel zwischen Integration und Forschung mit dem Ziel Verwertungsprodukte zu schaffen, in denen immer Anteile von Forschung und Integration (Abstimmung mit den Ansprüchen der politischen Akteure hinsichtlich Problemlösungen) eingeflossen sind. Damit unterscheidet sich das Modell *Forschung-Integration-Verwertung (FIV)* vom linearen Modell fundamental, da das letztgenannte davon ausgeht, Politikberatung funktioniere allein durch eine Bereitstellung für und Übergabe wissenschaftlicher Erkenntnisse an die politische Praxis, ohne den wichtigen Handlungsbereich der Integration der Übergabe von Politikberatungsprodukten dazwischenzuschalten.

Zusammengefasst stellt die Grundlage für das FIV-Modell der Politikberatung eine Verbindung zwischen Forschung und Integration und Verwertung dar. Die konkreten Inhalte, das Ausmaß der notwendigen Forschung und die Prozesse der Integration leiten sich dabei aus dem Potenzial der Forschung und den Anforderungen der Verwertung, das heißt aus der Nachfrage und den Ansprüchen der politischen Akteure an Problemlösungen ab (Böcher & Krott, 2010, S. 28). Die unterschiedlichen Logiken folgenden Arbeitsschritte Forschung, Integration und Verwertung erfüllen dabei jeweils unterschiedliche Teilaufgaben für den gesamten Politikberatungsprozess, sie werden aber nicht notwendigerweise nacheinander, sondern in einem ständigen Wechsel, insbesondere zwischen Forschung und Integration, ausgeführt (Böcher & Krott, 2010, S. 28). Im Gegensatz zu den beiden genannten Handlungsbereichen wissenschaftlicher Politikberatung Forschung und Verwertung ist der Handlungsbereich Integration in der Politikberatungsforschung aus unserer Sicht noch zu wenig diskutiert. Daher sollen im Folgenden zunächst dessen Bedeutung und Besonderheiten für eine erfolgreiche Politikberatung dargestellt werden.

1.3 Professionelle Integration als Kern wissenschaftlicher Politikberatung

Integration beschreibt eine Tätigkeit, die als Alleinstellungsmerkmal wissenschaftlicher Politikberatung aufzufassen ist. Integration bedeutet die Ausrichtung der Forschung auf ein politisches Praxisproblem mit dem Ziel, dieses zu beschreiben und erfolgreich zu lösen (Böcher & Krott, 2010, S. 37). Die

Ausrichtung vollzieht sich in zwei Richtungen: Einerseits wird die Nachfrage der politischen Akteure nach wissenschaftlich fundierten Lösungen ermittelt und für die Auswahl von wissenschaftlichen Forschungsfragen eingesetzt, andererseits werden wissenschaftliche Forschungsergebnisse nach deren Relevanz für die politischen Akteure ausgewählt, interpretiert und zusammengefasst (Böcher & Krott, 2010, S. 37). Die Integration verbindet wissenschaftliche Erkenntnisse mit Erwartungen und Wünschen der politischen Akteure, ohne jedoch die wissenschaftliche Rationalität der Forschung zu verändern. Diese Verbindung erfordert den ständigen Wechsel zwischen Forschung und Integration und gelingt nur bei umfassenden wissenschaftlichen Erkenntnissen und umfassendem Wissen über die politische Praxis (Böcher & Krott, 2010, S. 37). Die Integration erfolgt durch Selektion wissenschaftlicher Erkenntnisse vor dem Hintergrund konkreter Erwartungen politischer Akteure, mit dem Ziel Übereinstimmungen, Widersprüche und Lücken zu identifizieren (Böcher & Krott, 2010, S. 37). Übereinstimmung signalisiert die erfolgreiche Beschreibung bzw. Lösung von Wissensproblemen politischer Akteure. Lücken initiieren entweder Anpassung durch Generierung neuer Forschungsfragen oder durch Lernen der politischen Akteure. Bei Widersprüchen geht es darum, entweder die Erwartungen der politischen Akteure an die wissenschaftlich verfügbaren Kenntnisse anzugleichen bzw. ganz auf wissenschaftliche Erkenntnisse ohne jegliche Relevanz für die politische Praxis zu verzichten (Böcher & Krott, 2010, S. 37). Die Integration verbindet die politische Praxis mit der der Forschung durch die Selektion einzelner Wissensbausteine (Böcher & Krott, 2010, S. 37). Diese erreichen sowohl Gültigkeit des wissenschaftlichen „State of Art“ als auch Relevanz für die politische Problemlösung (Böcher & Krott, 2010, S. 37-38). Die dabei entstehenden Produkte der Verwertung sind integrativ im Sinne gleichzeitiger Erfüllung wissenschaftlicher Kriterien und solcher der Praxistauglichkeit (Böcher & Krott, 2010, S. 38). Integration legt Maßstäbe der Wissenschaftlichkeit und der politischen Problemlösung an, sie ist aber gleichzeitig dazu gezwungen, sowohl den maximal möglichen Anteil an wissenschaftlicher Forschung zu reduzieren als auch politische Erwartungen angesichts des tatsächlich verfügbaren wissenschaftlichen Wissens zu korrigieren (Böcher & Krott, 2010, S. 38). Sie führt daher sowohl zu Reibungen mit umfassenderen Forschungszielen als auch mit den Erwartungen und Wünschen der politischen Akteure (Böcher & Krott, 2010, S. 38). Das Integrative an der Integration besteht in der gleichzeitigen Berücksichtigung des wissenschaftlichen „State of Art“ und der Anforderungen der politischen Praxis.

Professionelle Integration im Prozess wissenschaftlicher Politikberatung heißt daher konsequenterweise, diesen Handlungsbereich als spezifische Besonderheit wissenschaftlicher Politikberatung ernst zu nehmen (im Gegensatz zum linearen Modell ist Wissenschaft allein eben noch keine hinreichende Bedingung für erfolgreiche Politikberatung). Zwischen wissenschaftlicher Forschung und einer erfolgreichen Verwertung

durch die politischen Akteure muss „etwas passieren“, das sich als Tätigkeit sowohl von der reinen (Grundlagen-) Forschung als auch von eben dieser Verwertung durch politische Akteure unterscheidet und die Eigenständigkeit wissenschaftlicher Politikberatung, angesiedelt zwischen und mit Schnittstellen zu Forschung und Politik (Hirsch Hadorn, 2002; Freiburghaus, 1989), adäquat beschreibt. Zur Professionalisierung der wissenschaftlichen Politikberatung gehört damit auch die Frage nach einer Institutionalisierung dieser Integrationsaufgaben (Böcher & Krott, 2011). Damit wissenschaftliche Politikberatung erfolgreich geleistet werden kann, müssen Institutionen bzw. Akteure dauerhaft institutionalisiert werden, die in der Lage sind, insbesondere die beschriebenen Integrationstätigkeiten professionell zu leisten. Solche Institutionen können z.B. Einrichtungen der Ressortforschung sein, so lange sie sich vom universitären Forschungsmodell unterscheiden und tatsächlich ihre besonderen Tätigkeiten in der Integration leisten (Böcher & Krott, 2011). Eine Institutionalisierung von Integration könnte jedoch auch durch Politikberaterinnen und -berater geleistet werden, wenn diese als eigenständige „Experten“ (Stehr & Grundmann, 2010) oder „Brückenbauer“ (Böcher & Krott, 2007) auftreten, die weder als Wissenschaftler noch als politische Akteure i.e.S. zu bezeichnen sind. Solche Institutionen und Akteure wissenschaftlicher Politikberatung in dem hier beschriebenen Sinne müssen auch nicht selbst forschen – sie sollten jedoch in der Lage sein, Forschungsprozesse auf dem „State of Art“ der Wissenschaft zu beurteilen und nachzuvollziehen, ihre Ergebnisse zu verstehen und auf den tatsächlichen Bedarf der politischen Akteure hin zu selektieren und auszurichten.

Integration im hier beschriebenen Sinne verbindet die Wissenschaft mit der politischen Praxis. Sie erfordert aber weder, dass die politischen Akteure die Wissenschaft verstehen noch die Forscherinnen und Forscher die politische Praxis. Im Gegenteil, das FIV-Modell geht davon aus, dass die Handlungsrationalitäten der beiden Bereiche so unterschiedlich sind, dass eine direkte Verständigung oder gar Konsens nicht möglich sind. Die Integration überbrückt den fundamentalen Unterschied, indem in ihr einerseits die wissenschaftlichen Erkenntnisse als durch das Wissenschaftssystem vorgegeben oder erst zu erarbeiten angesehen werden und darin durch die politischen Akteure nicht nachvollziehbar sind. Andererseits haben aber die politischen Akteure Kompetenz in der Beurteilung der Relevanz, denn nur sie führen machtbasiertere Handlungen aus, nicht die Wissenschaft. Die Funktion der Integration ist es, zu gewährleisten, dass möglichst alles wissenschaftlich verfügbare Wissen bereit steht, dieses nicht manipuliert wird, und die Akteure der Praxis daraus so auswählen können, wie es ihren Interessen und Machtkalkülen entspricht. Einen Konsens zwischen den Forscherinnen und Forschern benötigen sie dazu ebenso wenig, wie die Forscherinnen und Forscher die Zustimmung der Praxis zu ihren Erkenntnissen. In dieser Rolle der Integration, der Vermittlung zwischen voneinander unabhängigen Diskursen in Wissenschaft und Politik liegt der Unterschied zu jenen Modellen der Politikberatung,

die darauf bauen, durch Dialog die Handlungsrationalitäten des Gegenüber besser zu verstehen (siehe z.B. Kropp, Schiller, & Wagner, 2007).

2 Kriterien zur Qualitätssicherung von Politikberatung

Das FIV-Modell kann nun dazu verwendet werden, um normativ Qualitätskriterien einzuführen, die zu erfolgreicher Politikberatung führen, welche im oben definierten Sinne politisches Handeln beeinflusst. Im linearen Politikberatungsmodell stellt sich die Frage nach eigenständigen Qualitätskriterien für wissenschaftliche Politikberatung nicht. Sobald die wissenschaftlichen Ergebnisse nach „State of Art“ vorliegen, führt dies automatisch zu einer qualitativ hochwertigen Politikberatung. Das lineare Politikberatungsmodell kommt mit den etablierten Kriterien zur Qualitätssicherung der Wissenschaft aus. Da der Prozess wissenschaftlicher Politikberatung in unserem Modell jedoch wie aufgezeigt analytisch aus den drei unterschiedlichen Ansprüchen folgenden Handlungsbereichen Forschung, Integration und Verwertung besteht, lässt sich bezogen auf die Frage nach erforderlichen Kriterien zur Qualitätssicherung wissenschaftlicher Politikberatung folgern, dass dazu ein die Logiken dieser unterschiedlichen Handlungsbereiche berücksichtigender Kriterienmix notwendig ist. Die Qualitätssicherung wissenschaftlicher Politikberatung sollte daher aus einer gleichzeitig anzuwendenden Kombination von Qualitätskriterien zu Forschung, Integration und Verwertung bestehen: Wissenschaftliche Politikberatungsprozesse sollten selbstverständlich über Qualität der ihnen zugrunde liegenden Forschung verfügen, ohne eine ausreichende Qualität in den Handlungsbereichen Integration und Verwertung wird daraus jedoch keine qualitativ hochwertige wissenschaftliche Politikberatung. Tabelle 1 zeigt die von uns vorgeschlagenen Qualitätskriterien im Überblick:

Tabelle 1: Qualitätskriterien für wissenschaftliche Politikberatung

Handlungsbereich des Modells	Qualitätskriterien
Forschung	Aktuelle wissenschaftliche Informationen
	Verfahren nach guter wissenschaftlicher Praxis
	Kooperationen mit thematisch ausgewiesenen Wissenschaftlern und Forschungsinstitutionen
Integration	Öffentlicher Zweck
	Relevanz
	Akteursbezug
Verwertung	Angemessene Vermittlung
	Rechtsstaatlichkeit
	Demokratie

Quelle: verändert nach Böcher & Krott, 2010, S. 108 ff.

2.1 Qualitätskriterien Forschung

Die Qualitätskriterien für den Handlungsbereich Forschung entstammen den formalen Normen, die das System Wissen-

schaft explizit formuliert. Mit den Qualitätskriterien Forschung soll sichergestellt werden, dass wissenschaftliche Politikberatung auf der Basis des wissenschaftlichen „State of Art“ agiert. Die Wichtigkeit dieser Qualitätskriterien erklärt sich aus der Funktionslogik von Wissenschaft: Wissenschaft, die solche elementaren Qualitätskriterien verletzt, schafft kein Wissen und kann folglich nicht für eine qualitativ hochwertige Politikberatung genutzt werden, da diese dann mit ungesichertem oder falschem Wissen als Basis agieren würde. Damit bestünde die Gefahr, dass die Legitimation wissenschaftlicher Politikberatung aufgrund einer nicht ausreichenden wissenschaftlichen Qualität ihrer Beratungsinhalte in Frage gestellt wird.

Bei den Qualitätskriterien Forschung geht es um die Güte der für die wissenschaftliche Politikberatung eingesetzten wissenschaftlichen Informationen. Hierunter fallen zum Beispiel die Sicherstellung, dass die eingesetzte Forschung aktuell und auf dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Informationen zum spezifischen Thema ist, dass die zugrunde gelegten Forschungen die Ansprüche der „Guten wissenschaftlichen Praxis“ (Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1998) erfüllen und dass zur Erzeugung der Forschungsergebnisse national und international mit den entsprechenden thematisch ausgewiesenen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen kooperiert wird (Böcher & Krott, 2010, S. 52 ff.). Dazu benötigt die für wissenschaftliche Politikberatung zugrunde gelegte Forschung genügend materielle und personelle Ressourcen, um Wissenslücken zu identifizieren und geeignete Suchverfahren anwenden zu können. Zudem geht es um Ressourcen, sich aktiv in Fachgremien zu beteiligen, um den Anschluss an den wissenschaftlichen Fachdiskurs regelmäßig zu gewährleisten und über die Erlangung einer wissenschaftlichen Themenführerschaft den wissenschaftlichen Fachdiskurs aktiv beeinflussen zu können (Böcher & Krott, 2010, S. 54). Wenn wissenschaftliche Politikberatung auf Forschung aufbaut, die diesen Kriterien entspricht, ist das ein wichtiger Baustein für eine qualitativ wertvolle Politikberatung.

Allerdings steckt in diesen Kriterien auch ein Spannungsverhältnis. Die Einhaltung der Verfahren der „Guten wissenschaftlichen Praxis“ impliziert, dass Wissenschaft offen ist gegenüber innerwissenschaftlicher Kritik. Dazu müssen ihre Methoden und theoretischen Annahmen jedoch offen und transparent gegenüber anderen Forscherinnen und Forschern sein. In der Politikberatung ist es jedoch häufig so, dass innerhalb der Integration, wenn die wissenschaftlichen Erkenntnisse auf politische Aspekte und die Interessen der politischen Akteure treffen, Intransparenz und Geheimhaltung herrschen, gerade bei öffentlich kontrovers diskutierten Themen. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Grundlagen der wissenschaftlichen Qualitätssicherung und den politischen Rationalitäten in der Integration kann zu negativen Effekten für die Qualität der in der Politikberatung verwendeten Forschung führen: das bestmögliche Wissen könnte sich dann nicht durchsetzen. Mit der Qualitätssicherung der der wissenschaftlichen Politikbe-

ratung zugrunde liegenden Forschung soll einer in der Literatur übereinstimmend als notwendig für die Effektivität und Güte wissenschaftlicher Politikberatung anerkannter Grundbedingung Rechnung getragen werden (Weingart & Lentsch, 2008; Pregernig & Böcher, 2012; für die politische Diskussion: European Commission, 2002).

2.2 Qualitätskriterien Integration

Aufgabe der Integration ist es, Forschung auf die zu bearbeitende politische Aufgabe der Beratung auszurichten. Identifiziert werden muss, welche Forschungen tatsächlich einen Beitrag zur politischen Problemlösung leisten. Forschung, die sich nicht unter diesen Zweck subsumieren ließe, verfehlt die Aufgabe der Politikberatung (Böcher & Krott, 2010, S. 61). Die Qualitätskriterien sind aus der Norm der „Problemlösung“ abgeleitet. Als eine solche soll ein Vorschlag für politisches Handeln bezeichnet werden, welches öffentlichen Zwecken dient, Relevanz für ein Problem der Praxis besitzt und einen klaren Bezug zu bestimmten politischen Akteuren hat. Der Vorschlag soll darüber hinaus der Praxis verständlich sein.

Öffentlicher Zweck: In der Integration soll die wissenschaftliche Politikberatung die wissenschaftlichen Erkenntnisse an öffentlichen Zwecken ausrichten (Böcher & Krott, 2010, S. 62). Zwar definieren unterschiedliche politische Akteure als private oder öffentliche Auftraggeber wissenschaftlicher Politikberatung die öffentlichen Zwecke interessenorientiert unterschiedlich. Wissenschaft als Grundlage wissenschaftlicher Politikberatung darf jedoch normative Definitionen liefern. Wissenschaftliche Politikberatung kann darauf aufbauend zusätzliche Alternativen ins Spiel bringen und die Optionen für die zu beratenden politischen Akteure erweitern. Wissenschaftliche Politikberatung hat nach diesen Kriterien der Integration das Mandat, sich zu öffentlichen Zwecken zu äußern. Dies stellt auch einen wichtigen Unterschied zu Lobbyisten dar, die unter dem Deckmantel der Politikberatung einseitig Interessenpolitik betreiben. Wenn wissenschaftliche Politikberatung Handlungsoptionen der politischen Akteure erweitert, dann hat sie eine wissenschaftlich begründete Meinung zu öffentliche Zwecken und liefert neben notwendigem Erklärungswissen auch Orientierungswissen im Sinne eines „Mehr“ an Interpretationen, was der öffentliche Zweck sein könnte. Diese Funktion von Politikberatung wird z.B. im „Honest Broker“-Modell Pielkes (2007, S. 17) beschrieben.

Zur Orientierung am öffentlichen Zweck gehören auch die Prinzipien der Unabhängigkeit und Weisungsungebundenheit wissenschaftlicher Politikberatung insbesondere von privaten Interessen (Böcher & Krott, 2010, S. 64). Gerade in politisch konfliktären Debatten spielt es eine Rolle, dass wissenschaftliche Politikberatung unabhängig von bestimmten Interessen agieren kann und auch Vorschläge unterbreiten kann, die nicht den herrschenden Interessen dient.

Relevanz: Politikberatung soll sich auf Analyse und Lösung konkreter Probleme beziehen und zeitnah dann (mitunter auf Abruf) zur Verfügung stehen, wenn sie tatsächlich gebraucht wird (Böcher & Krott, 2010, S. 65). Akteure und

Institutionen wissenschaftlicher Politikberatung sollten in der Integration Ressourcen für die verschiedenen Beratungsformen (z.B. kurzfristige Stellungnahmen nach wenigen Tagen oder Wochen, Beauftragung von Forschung für längerfristige Beratungsanfragen), die sich an unterschiedlichen politischen Zeittakten orientieren, optimal kombinieren, so dass sowohl tagespolitische als auch mittelfristige Beratungsleistungen erbracht werden können (Böcher & Krott, 2010, S. 66). Eine Kernkompetenz besitzen wissenschaftliche Politikberaterinnen und -berater darin, Praxisprobleme in wissenschaftliche Fragen zu übersetzen. Für diese Übersetzungsarbeit von der Praxis in die Wissenschaft und umgekehrt müssen entsprechende Ressourcen vorhanden sein (Böcher & Krott, 2010, S. 67). Dazu bedarf es erfahrener wissenschaftlicher Politikberaterinnen und -berater, die die Ansprüche politischer Akteure und die Eigenheiten des politischen Systems genau kennen, und in der Lage sind, aus widersprüchlichen Aussagen und unklaren Aufträgen der Praxis wissenschaftlich bearbeitbare Fragen zu machen. Umgekehrt muss auch Wissen darüber vorliegen, welche wissenschaftlichen Disziplinen und Fragen ein Praxisproblem berührt und wo es entsprechendes wissenschaftliches Wissen geben kann, das dann einen Beitrag für eine Problemlösung leistet, die wirklich relevant ist (Böcher & Krott, 2010, S. 67).

Akteursbezug: Die Integration, die den Einsatz von Wissenschaft für die Lösung von politischen Problemen zum Ziel hat, soll die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten der politischen Akteure beachten (Böcher & Krott, 2010, S. 69). Wissenschaftliche Lösungen bleiben in der politischen Praxis solange wirkungslos, wie sie keinen direkten Bezug zu politischen Akteuren und ihren Ressourcen aufbauen (Böcher & Krott, 2010, S. 69). Die für eine Umsetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse relevanten Akteure müssen für die bearbeiteten Themen aktiv identifiziert und durch unterschiedliche Vermittlungsstrategien bedient werden (Böcher & Krott, 2010, S. 69). Umsetzungschancen entstehen nur, wenn die Forschungsergebnisse auf die Interessen, Handlungsoptionen und vorhandenen Ressourcen der nationalen und internationalen relevanten Akteure abgestimmt sind. Dies bedeutet, die potenziellen Gegner und Unterstützer einer Lösung zu kennen und eine Lösung so zu gestalten, dass sie ausreichend Unterstützer findet. Genaue Kenntnisse des Umfeldes sind wichtig, um umsetzungsrelevante Lösungen zu erarbeiten (Böcher & Krott, 2010, S. 69).

Angemessene Vermittlung: Weitere Qualitätskriterien innerhalb der Integration betreffen die Vermittlung von Informationen. Die entsprechenden Akteure als Zielgruppen wissenschaftlicher Politikberatung müssen jeweils durch individuell-spezifische Produkte, Medien und Kommunikationswege angesprochen werden. Zur Qualitätssicherung einer angemessenen Vermittlung von Beratungsinhalten dienen die Verwendung einer zielgruppengerechten Sprache, zielgruppengerechter Medien, sowie eine zeitgerechte Übermittlung (Böcher & Krott, 2010, S. 71).

In unserem Modell der wissenschaftsbasierten Politikberatung führen Forschung und Integration zu bestimmten Produkten für die Verwertung innerhalb des politischen Systems. Es geht vorwiegend um Beiträge zur Beratung politischer Akteure und der Bürgerinnen und Bürger. Verwertung ist dann erfolgt, wenn die in der Integration auf die Ansprüche der politischen Praxis gedanklich ausgerichteten Beratungsinhalte als konkrete Beratungsprodukte die Akteure und Institutionen wissenschaftlicher Politikberatung verlassen und den politischen Akteuren übergeben werden, z.B. in Form von Gutachten, Stellungnahmen, oder Medienauftritten.

2.3 Qualitätskriterien Verwertung

Zur Qualitätssicherung der Verwertung gehören Kriterien der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in der Beratung (Böcher & Krott, 2010, S. 72 ff.). Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass die Produkte wissenschaftlicher Politikberatung sachgerecht sind, d.h. dass sie die Probleme richtig erfassen. Sie sollen unparteilich sein, also nicht unausgewogen einseitig interessegebunden. Wissenschaftliche Politikberatungsprodukte sollen wirtschaftlich sein und nicht gegen gesetzliche Vorgaben verstoßen (Böcher & Krott, 2010, S. 72-73). Zur Demokratie in der Beratung gehört, dass wissenschaftliche Politikberatungsangebote auch für Bürgerinnen und Bürger angeboten werden, dass die Verfahren der wissenschaftlichen Politikberatung und der Anteil externer Expertise an politischen Vorschlägen und Stellungnahmen transparent sind und wissenschaftliche Politikberatung nicht außerhalb demokratisch legitimierter Verfahren stattfindet (Böcher & Krott, 2010, S. 73). Dass die Verwertungsprodukte wissenschaftlicher Politikberatung rechtsstaatlichen und demokratischen Normen entsprechen sollen, trägt wieder zur wichtigen Unterscheidung zwischen Lobbyismus und Politikberatung bei: Beim Lobbying geht es um die interessenbasierte einseitige Beeinflussung politischer Akteure und Entscheidungen, während wissenschaftliche Politikberatung auf die Herstellung problemlösungsfähiger Politik abzielt (Hustedt, Veit, & Fleischer, 2010, S. 16). In der Realität sind innerhalb von Macht- und Interessenauseinandersetzungen die Grenzen zwischen Politikberatung und Lobbying jedoch fließend (Hustedt, Veit, & Fleischer, 2010, S. 16). Erst wenn die von uns vorgeschlagenen Kriterien Forschung, Integration und Verwertung in wissenschaftlichen Politikberatungsprozessen erfüllt sind, handelt es sich tatsächlich um wissenschaftliche Politikberatung, während bei einer Verletzung der Qualitätskriterien in einem oder mehreren Handlungsbereichen die Gefahr besteht, dass Lobbyismus im Gewand der Politikberatung auftritt.

3 Der Mehrwert des FIV-Modells und seine Konsequenzen für die Ausbildung von Politikberater_innen

Zusammengefasst besteht der Mehrwert des FIV-Modells der Politikberatung darin, für die Erklärung der Politikberatung Theorien über die Wissenschaft und über die Politik zu erschließen. Die beiden unterschiedlichen Bereiche müssen

nicht verschmolzen werden und auf der Basis einer „neuen“ einheitlichen Theorie erklärt werden. Im Gegenteil: das FIV-Modell geht von unveränderbaren unterschiedlichen Handlungslogiken von Politik und Wissenschaft aus. Den „link“ liefert die Integration, die mit politikwissenschaftlichen Handlungstheorien erklärt wird (Böcher & Krott, 2010, 2011)

Die Trennung in die drei unterschiedlichen Bereiche des FIV-Modells ermöglicht zudem, Qualitätskriterien aus unterschiedlichen weithin anerkannten Normen für Wissenschaft und für Politik abzuleiten. Die Qualitätskriterien für die Integration ergeben sich ebenfalls aus diesen beiden Bereichen. Widersprüche löst das FIV-Modell nicht durch Kompromisse, sondern durch eine doppelte Selektion: gute Politikberatung stellen nur solche Vorschläge dar, die gleichzeitig sowohl Kriterien der Wissenschaft als auch solche der Politik erfüllen. Eine Konsequenz der doppelten Selektion ist, dass es in vielen aktuellen politischen Problemen aufgrund mangelhafter wissenschaftlicher Erkenntnisse oder wegen fehlender mächtiger Bündnispartner für neue Erkenntnisse keine gute Politikberatung gibt. Insofern zeigt das FIV-Modell auch die engen Grenzen auf, die trotz des Ideals einer Wissensgesellschaft für wissenschaftsbasierte Politikberatung bestehen. Gute Politikberatung stellt eher eine Ausnahme als den Standard für die Lösung vieler aktueller politischer Probleme dar.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem FIV-Politikberatungsmodell mit den daraus abgeleiteten Qualitätskriterien für die Ausbildung von wissenschaftlichen Politikberaterinnen und -beratern? Aufgrund der notwendigen Qualität der der Politikberatung zugrunde gelegten Forschung sollten Politikberaterinnen und -berater hervorragend wissenschaftlich ausgebildet sein, um Methoden und verwendete Ansätze wissenschaftlicher Forschung auf dem „State of Art“ verstehen, nachvollziehen und die Adäquatheit der Ansätze beurteilen zu können. Zudem sollten wissenschaftliche Politikberaterinnen und -berater besondere Kompetenzen in der Integration besitzen, indem sie in der Lage sind, gedanklich die Ansprüche der politischen Praxis zu erkennen, hinsichtlich eines Bedarfs sich daraus entstehender Forschungsfragen zu interpretieren und umgekehrt aus der Fülle an wissenschaftlicher Forschung diejenigen „State of Art“-Ergebnisse zu selektieren, die den Anspruch der politischen Akteure einlösen können. Für die Kompetenzen im Bereich Integration sind Erfahrungen aus der eigenen Arbeit in Politik und Verwaltung sehr hilfreich. Über die Qualitäten bezogen auf Forschung und Integration hinaus sollten Politikberaterinnen und -berater normsensibel sein, d.h., dass sie bezüglich der Wahrung rechtsstaatlicher Normen und demokratischer Prinzipien sensibilisiert sind. Dies ist notwendig, um Gefahren der Vereinnahmung durch einseitige Interessen z.B. durch Unterdrückung wichtiger dieser nicht dienlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen widerstehen zu können und Lobbyismus vorzubeugen. Diese für eine qualitativ hochwertige wissenschaftliche Politikberatung notwendigen multiplen Fähigkeiten machen deutlich, dass wissenschaftliche Politikberatung eher im Team stattfindet, das aus Akteuren und Institutionen

besteht, die jeweils bestimmte Fähigkeiten für Forschung und professionelle Integration aufweisen. Wissenschaftliche Politikberaterinnen und -berater müssen dabei nicht selbst forschen, sondern können mit Forscherinnen und Forschern zusammenarbeiten, wenn sie dabei alle Standards der Wissenschaft auf einem hohen Niveau beherrschen, um die Forschungsergebnisse beurteilen und auf der Basis der notwendigen problemlösungsorientierten Ansprüche der Integration zu selektieren.

Für die konkrete Ausbildung heißt das, dass wissenschaftliche Politikberaterinnen und -berater politikwissenschaftlich ausgebildet sein sollten, um grundlegende Eigenschaften des politischen Systems und Unterschiede zwischen politischer Rationalität im Vergleich zu wissenschaftlicher Sachrationalität erkennen zu können. Damit sollten Kenntnisse über die Ansprüche politischer Akteure an politische Problemlösungen verbunden werden, die über verpflichtende längere Praktika in Politik oder Verwaltung gesammelt werden sollten. Darüber hinaus sollten wissenschaftliche Politikberaterinnen und -berater hohe ethische Ansprüche besitzen, um gegen eine einseitige Vereinnahmung durch bestimmte Interessen, die die Qualitätskriterien der Politikberatung verletzen würden, immun zu sein. Hier geht es um eine normsensible Ausbildung, die Politikberaterinnen und -berater grundlegende Prinzipien des Rechtsstaats und der Demokratie vermittelt. Damit könnten zur politikwissenschaftlichen Ausbildung wissenschaftlicher Politikberaterinnen und -berater in der Politikwissenschaft wieder eine Besinnung auf deren Prinzipien und Tradition als Demokratiewissenschaft (Rupp, 1996) sowie in politikberatungsrelevanten Studiengängen eine Stärkung der Aspekte der „politischen Bildung“ (Berg-Schlosser & Stammes, 2003, S. 308 ff.) dienlich sein. Denn nur umfassend im Sinne aller drei Handlungsbereiche der wissenschaftlichen Politikberatung Forschung, Integration und Verwertung ausgebildete Politikberaterinnen und -berater können nach unserem FIV-Modell eine qualitativ hohe Politikberatung gewährleisten, die nicht in die Gefahr gerät, Lobbyinteressen wahrzunehmen.

Professionelle Integration in der wissenschaftlichen Politikberatung bedeutet, wie wir weiter oben ausgeführt haben, auch eine dauerhafte Institutionalisierung der für die Politikberatung so notwendigen Integrationsaufgaben. Eine entsprechende Ausbildung wissenschaftlicher Politikberaterinnen und -berater zur Stärkung ihrer Fähigkeiten in den Bereichen Forschung, Integration und Verwertung trägt danach auch zu dieser notwendigen dauerhaften Institutionalisierung bei.

Literatur

- Beck, Silke. (2009). Von der Beratung zur Verhandlung. Der Fall IPCC. In Jost Halfmann, Schützenmeister, Falk (Hg.), *Organisationen der Forschung* (S. 120-144). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beck, Silke. (2011). Moving beyond the linear model of expertise? IPCC and the test of adaptation. *Regional Environmental Change*, 11, 297-306.
- Beck, Ulrich, & Bonß, Wolfgang (Eds.). (1989). *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? : Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens* (1. Aufl. ed.). Frankfurt am Main: SuhrkamS.

- Berg-Schlosser, Dirk, & Stammen, Theo. (2003). *Einführung in die Politikwissenschaft* (7. Auflage ed.). München: C.H. Beck.
- Böcher, Michael. (2007). Wissenschaftliche Politikberatung und politischer Prozess. In Max Krott & Michael Suda (Eds.), *Macht Wissenschaft Politik? Erfahrungen aus der wissenschaftlichen Beratung im Politikfeld Wald und Umwelt* (S. 14-42). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Böcher, Michael, & Krott, Max. (2007). Politikberatung durch autonome Diskurse – das Beispiel Erfolgsfaktoren für nachhaltige Regionalentwicklung. In Max Krott & Michael Suda (Eds.), *Macht, Wissenschaft, Politik? Erfahrungen aus der wissenschaftlichen Politikberatung im Politikfeld Wald und Umwelt* (S. 175-202). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Böcher, Michael, & Krott, Max. (2010). *Umsetzung des Konzepts einer modernen Ressortforschung im Geschäftsbereich des BMU* (Vol. 39/2010). Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Böcher, Michael, & Krott, Max. (2011). Institutionalisierung multi- und transdisziplinärer Umweltwissenschaften durch Ressortforschungseinrichtungen. In Klaus Fischer, Hubert Laitko & Heinrich Parthey (Eds.), *Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft (Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2010)* (S. 59-80). Berlin: Wissenschaftlicher Verlag.
- Boehmer-Christiansen, Sonja (1995). Reflections on scientific advice and EC transboundary pollution policy. *Science & Public Policy* 22(3), 195-203.
- Cash, David W., Clark, William C., Alcock, Frank, Dickson, Nancy, Eckley, Noelle, & Jäger, Jill (2002). *Saliency, Credibility, Legitimacy and Boundaries: Linking Research, Assessment and Decision Making. KSG Faculty Research Working Paper 02-046*. Cambridge MA: Kennedy School of Government, Harvard University.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft. (1998). *Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis, Denkschrift*. Weinheim: Wiley-VCH.
- European Commission. (2002). *Communication from the Commission on the collection and use of expertise by the Commission: Principles and Guidelines*. COM(2002) 713 final. Brussels.
- Freiburghaus, Dieter. (1982). Einige Grundprobleme der Politikberatung. In Ulrich Gschwind (Ed.), *Forschung und Politik: Abgründe und Brückenschläge : Beiträge zum Austausch von Wissen und Erfahrung* (S. 167-177). Diessenhofen: Rüeegger.
- Freiburghaus, Dieter. (1989). Interfaces zwischen Wissenschaft und Politik. *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, 29, 267-277.
- Hirsch Hadorn, Gertrude, Kissling-Näf, Ingrid, Pohl, Christian. (2002). How to Design Interfaces Between Science and Society: Lessons From Platforms for Knowledge Communication in Switzerland. In Frank Biermann, Campe, Sabine, Jacob, Klaus (Ed.), *Proceedings of the 2002 Berlin Conference on the Human Dimensions of Global Environmental Change "Knowledge for the Sustainability Transition. The Challenge for Social Science"* (S. 285-291). Amsterdam, Berlin, Potsdam and Oldenburg: Global Governance Project.
- Hulme, Mike. (2009). *Why we disagree about climate change. Understanding controversy, inaction and opportunity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hulme, Mike, Mahony, Martin, Beck, Silke, Görg, Christoph, Hansjürgens, Bernd, Hauck, Jennifer, (...) van der Sluijs, Jeroen S. (2011). Science-Policy Interface: Beyond Assessments. *Science*, 333(6043), 697-698.
- Hustedt, Thuriid, Veit, Sylvia, & Fleischer, Julia. (2010). Wissen ist Macht? Wissenschaftliche Politikberatung der Bundesregierung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*(19), 15-21.
- Jasanoff, Sheila. (1990). *The fifth branch: science advisers as policymakers*. Cambridge, Mass: Harvard Univ. Press.
- Kropp, Cordula, Schiller, Frank, & Wagner, Jost (Eds.). (2007). *Die Zukunft der Wissenskommunikation. Perspektiven für einen reflexiven Dialog von Wissenschaft und Politik – am Beispiel des Agrarbereichs*. Berlin: edition sigma.
- Krott, Max. (2001). Politikfeldanalyse Forstwirtschaft. Eine Einführung für Studium und Praxis. Berlin: Parey.
- Krott, Max. (2012). Value and risks of the use of analytical theory in science for forest policy. *Forest Policy and Economics*, 16, 35-42.
- Lehmann, Luzia, & Rieder, Stefan. (2003). Von Mägden und Knechten in Wissenschaft und Politik. *tec21*(26), 6-8.
- Lompe, Klaus. (2006). Traditionelle Modelle der Politikberatung. In Svenja Falk, Rehfeld, Dieter, Römmele, Andrea, Thunert, Martin (Ed.), *Handbuch Politikberatung* (S. 25-34). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Matthies, Hildegard, & Simon, Dagmar. (2008). Einführung. In Hildegard Matthies & Dagmar Simon (Eds.), *Wissenschaft unter Beobachtung – Effekte und Defekte von Evaluationen (Leviathan Sonderheft 24/2007)* (S. 9-12). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Miller, Norman. (2009). *Environmental Politics. Stakeholders, Interests, and Policymaking* (2nd Edition ed.). New York/London: Routledge.
- Mitchell, Ronald B., Clark, William C., Cash, David W., & Alcock, David. (2004). Science, Scientists, and the Policy Process: Lessons from Global Environmental Assessments for the Northwest Forest Plan. In Karen Arabas, Bowersox, Joe (Ed.), *Forest Futures. Science, Politics, and Policy for the Next Century* (S. 95-111). Lanham, Boulder, New York, Toronto, Oxford: Rowman & Littlefield.
- Müller-Rommel, Ferdinand. (1984). Sozialwissenschaftliche Politik-Beratung – Probleme und Perspektiven. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 32(B25-84), 26-39.
- Murswieck, Axel (1994). Wissenschaftliche Beratung im Regierungsprozess. In Axel Murswieck (Ed.), *Regieren und Politikberatung* (S. 103-119). Opladen: Leske & Budrich.
- Perrings, Charles, Duraiappah, Anantha, Larigauderie, Anne, & Mooney, Harold. (2011). The Biodiversity and Ecosystem Services Science-Policy Interface. *Science*, 331(6021), 1139-1140. doi: 10.1126/science.1202400
- Pielke, Roger Jr. (2007). *The Honest Broker*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pregernig, Michael, & Böcher, Michael. (2012). Normative and analytical perspectives on the role of science and expertise in environmental governance. In Karl Hogl, Eva Kvarda, Ralf Nordbeck & Michael Pregernig (Eds.), *Environmental Governance: The Challenge of Legitimacy and Effectiveness* (i.E.). Cheltenham: Edward Elgar.
- Renn, Ortwin. (2003). Varianten wissenschaftlicher Politikberatung. *GAIA*, 12(2), 139-140.
- Rupp, Hans Karl. (1996). Democratizing a Country and a Discipline: The (Re-)Establishment of Political Science as Political Education in West Germany after 1945. In Rainer Eisfeld, Michael Th. Greven & Hans Karl Rupp (Eds.), *Political Change in 20th Century Germany* (S. 55-108). New York: Commack.
- Sarewitz, Daniel, & Pielke, Roger Jr. (2007). The neglected heart of science policy: reconciling supply of and demand for science. *Environmental Science and Policy*, 10, 5-16.
- Schneider, Christoph. (2000). Safeguarding Good Scientific Practice: New Institutional Approaches in Germany. *Science and Engineering Ethics*, 6, 49-56.
- Stehr, Nico, & Grundmann, Reiner. (2010). *Expertenwissen: Die Kultur und die Macht von Experten, Beratern und Ratgebern*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Weingart, Peter. (2001). *Die Stunde der Wahrheit? : zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück Wiss.
- Weingart, Peter. (2003). *Wissenschaftssoziologie*. Bielefeld: Transcript-Verl.
- Weingart, Peter. (2006). Erst denken, dann handeln? Wissenschaftliche Politikberatung aus der Perspektive der Wissens(chaft)soziologie. In Svenja Falk, Dieter Rehfeld, Andrea Römmele & Martin Thunert (Eds.), *Handbuch Politikberatung* (S. 35-44). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Weingart, Peter, & Lentsch, Justus. (2008). *Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.



Dr. Michael Böcher ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Forst- und Naturschutzpolitik der Georg-August-Universität Göttingen. E-Mail: mboeche@uni-goettingen.de



Univ.-Prof. Dr. Max Krott ist Professor für Forst- und Naturschutzpolitik an der Georg-August-Universität Göttingen.
E-Mail: mkrott@gwdg.de

Lob & Tadel



Jeder kann Politiker kritisieren. Wie man aber Politiker verteidigt, das ist weniger bekannt. In diesem Band werden Argumente zur Aufwertung der Politiker aus mehr als 100 Jahren präsentiert und analysiert. Nach

Max Webers Einsicht, dass es keine parlamentarische Demokratie ohne Berufspolitiker gibt, ist Palonens These, dass Berufspolitiker eng mit der parlamentarischen Demokratie verbunden sind.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/14279

Rhetorik des Unbeliebten

Lobreden auf Politiker im Zeitalter der Demokratie

Von Kari Palonen

2012, 209 S., broch., 34,-€, ISBN 978-3-8329-7135-9



Nomos